

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei vierteljährlicher  
Zahlung 7,50 M., vierteljährlich  
2,25 M., vierteljährlich 2,75 M.,  
einmalig 10,00 M. Die Be-  
stellungen werden von allen Ver-  
kaufsstellen angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsdienst unter  
6000-Nummern eingetragen. Für  
unrichtig eingegangene An-  
zeigen wird keine Gewähr über-  
nommen. Hochdruck nur mit der  
Zustimmung der Redaktion ge-  
stattet. Für die Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1133  
u. 1135, der Druckerei Nr. 1133.

**Abend-Ausgabe.**

# Soale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 gefalteten 34 mm breite Milli-  
meter Zeile oder deren Raum 60 Pf.,  
Samstagszeilen 40 Pf., Restzeilen  
die 92 mm breite Millimeterzeile  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche  
Anzeigenstellen. Erfüllungsort:  
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-  
ade 1a, Gr. Drauhausstr. 17.  
Neben-Geschäftsstellen: Große  
Königsstr. 52 und Markt 24.  
Postfach-Adresse Leipzig Nr. 4609.

Nr. 598.

Halle, Mittwoch, den 22. Dezember 1920.

Einzelpreis 30 Pf.

## Drei Krisen und ein Minister.

Von einem Parlamentarier.

Der Ministerpräsident des Herrn Reichsfinanzministers hat in der letzten Woche beendigt gemacht; und so recht fest steht er auch jetzt noch nicht. Aber drei Krisen sind auch ein bisschen viel auf einmal für einen Minister. Herr Wirth hat sie gehabt; sowohl in der Frage des Reichsnotensystems wie in der Beamtenbefoldung und schließlich auch noch in der Aus-  
scheidung über das ruffische Interzessionsgesetz gab es Kontroversen bedenklicher Art. Aber er hat sie überstanden, und wenn man näher ansetzt, wie er das fertig gebracht hat, so wird man feststellen müssen, daß der letzte Grund der erfolg-  
reichen Behauptung seiner Stellung nicht sowohl im Sachlichen wie im Persönlichen liegt.

Wenn schließlich in der Tat manches in der Geschäfts-  
führung des Finanzministers angreifbar. Insbesondere ist die Verfolgung der Beamtenbefoldung sehr schädlich ge-  
wesen und kaum zu rechtfertigen. Was aber die Position des  
Herrn Wirth schließlich gegen allen Ansturm festgesetzt hat,  
war gerade die Gegenseite, in der die der Koalition an-  
gehörige Deutsche Volkspartei unverkennbar zu ihm steht.  
Von Anfang an war das Verhältnis zwischen dieser Partei  
und dem Minister kein gutes, und die Deutsche Volkspartei  
verkümmerte seine Gegenseite, dies auch im Parlament wie  
in der Presse zum Ausdruck zu bringen. Zuletzt nahm ihre  
Ablehnung eine geradezu verzerrte Form an, indem sie bei  
der Rede des Ministers über den durch seinen Staatssekretär  
Gretschmann hervorgerufenen Zwischenfall demonstrativ und  
mit heftigen der Empörung den Sitzungssaal verließ.

Gerade dadurch aber wurde der Widerspruch des Zentrums  
gewandt und die große Partei veranlaßt, nunmehr um so ener-  
gischer für den zu ihr gehörenden Minister einzutreten. Sie  
führte sich in ihrer Reichstagsrede dadurch gefürchtet, daß eine  
andere Partei, die mit ihr zusammen die Regierung trägt,  
es für angebracht hielt, ein Mitglied eben der Regierung  
in dieser Weise zu behandeln. Man weiß, wie stark derartige  
Gefühle das politische Leben bedingen und daß sie oft viel  
wirksamer und ausdauernder sind als rein logische Über-  
legungen. Man weiß auch hier das Zentrum sehr energisch  
für den gefährdeten Herrn Wirth ein, vielleicht energischer,  
als es der Fall gewesen wäre, wenn eine solche Kränkung  
nicht vorgenommen wäre.

Indes gibt es doch auch noch andere Gründe, um es mit  
Genugtuung zu bezeichnen, daß die drei Krisen überwunden  
worden sind und nicht zu einer Veränderung in der Regie-  
rung geführt haben. Wenn eine solche erst einmal in dem  
einen Ministerium eingetreten wäre, so wäre es kaum bei  
diesem einen Ministerium geblieben. Jetzt aber überhaupt  
an dem ohnehin nicht allzu festen Bau der Koalitionsregie-  
rung zu rütteln, hätte sich wirklich nicht sehr empfohlen.  
Niemals muß eine benannte Politik darauf gerichtet sein,  
Sitzungen und Krisen herbeizuführen in der Regierung bis zu den  
Preussischen Wahlen möglichst zurückzuführen und dann gleich-  
zeitig diejenige einheitliche Gestaltung der Regierung im Reich  
und in Preußen vorzunehmen, die dringend nötig ist. Wenn  
es bis hieher gegangen ist, wird es schließlich die paar  
Wochen auch noch gehen, und Herr Wirth, der ja im übrigen  
und kluge und gewandte, schlagerfertiger und persönlich un-  
verletzlicher Mann ist, wird es sicherlich verstehen, eine dritte  
Krisis zu vermeiden.

## Demokratischer Wahlerfolg.

Bei den Stadtparlamenterwahlen in Auerbach i. A.  
erzielten die Demokraten mit 1599 Stimmen 8 Siege von den  
21, die das Stadtparlament zählt. Sie brachten ebenfalls  
Stimmen auf die Deutschnationalen mit 710 Stimmen und  
die Deutsche Volkspartei mit 795 Stimmen zusammen.  
Jede dieser Parteien erhielt drei Siege. Damit hat sich die  
bisherige sozialistische Mehrheit von 11 grundlegend gewan-  
delt. Die nicht sozialistischen Parteien haben eine Zwei-  
drittelmehrheit. Interessant ist es auch, daß in dieser sehr  
zahlreichen Stadt die Mehrheitssozialisten 1040 Stimmen  
und damit drei Siege gegenüber 709 Unabhängigen Stimmen  
erzielten, die daher nur drei Siege erlangen konnten.

## Helfferich gegen Erzberger.

In dem Reichstagsprozeß Erzberger gegen Helfferich  
war von beiden Parteien Revision beim Reichsgericht einge-  
legt worden. Entsprechend dem Antrage des Reichsanwalts  
wurde die Revision vom Erzberger wie Helfferich ver-  
worfen. Damit hat Helfferich seinen Gegner Erzberger  
endgültig zur Strecke gebracht, wobei es allerdings nicht aus-  
geschlossen ist, daß der diegemauerte Buttenbäuer wiederum  
den Weg zum Aufstieg findet. Mag aber Herr Helfferich  
in dem Reichstagsprozeß obgesiegt haben: sein Erfolg  
vor dem Reichsgericht widerlegt den Vorwurf nicht, den  
Erzberger gegen ihn geltend hat und der ihm den un-  
verwundlichen Haß des ehemaligen Reichsfinanzministers zuge-  
bracht hat, nämlich den, daß er der leichtfertige Finanz-  
minister gewesen sei. Es kann für jeden, der unparteiisch die  
Entwicklung unseres Finanzwesens verfolgt, nicht zweifel-  
haft sein, daß es zum Teil der verfehlten Steuerpolitik Hel-  
ffferichs zuzuschreiben ist, wenn die Finanzen des Reiches sich  
in so kurzem Maße unruhig befinden. Das ist es ja gerade,  
was bei dem Zutreten Helfferichs so empört, daß er einer der  
Schuldigen am Zusammenbruch in gefährlichster Weise die  
Folgen anzeigt, die das gutmachen müssen, was er ver-  
ursacht hat. Und eins muß dabei dem Duell Helfferich-Erz-  
berger auch nicht vergessen werden: Man kann die Hand-

lungsweise Erzbergers noch so sehr verdammen: seine Ver-  
mittlung von Geldsack und Politik wäre nicht möglich gewesen,  
wenn nicht die Beamten des alten von Helfferich so geprüf-  
ten Systems zum mindesten wären, wenn der altmännliche  
Kongress in den Kassen der ersten.

## Kommunisten und Gewerkschaften.

Bei der Wahl für die Geschäftsleitung des sozialdemo-  
kratischen Deutschen Metallarbeiterverbandes waren zwei  
Liste aufgestellt: eine unabhängige und eine kommu-  
nistische. Beide haben rund 30.000 Stimmen erhalten. Die  
Kommunisten sind also gleich stark mit den Sozialisten, die  
sich auf die unabhängige Liste geeinigt hatten. Das Inter-  
essante an dem ganzen Vorgang ist aber, daß sich noch nicht  
40 Prozent der organisierten Metallarbeiter an der Wahl  
beteiligt haben. Ein Beweis dafür, daß der gegenwärtige  
Kampf selbst die zielbewußtesten Genossen anwandert.

## Kontrolle der Reichsregierung durch Parlamentarsauschuss?

Aus dem offiziellen Bericht, den der auswärtige Aus-  
schuß über seine vertrauliche Sitzung am 17. Dezember ver-  
breitet, erfahren wir, daß er in seiner nächsten Sitzung am  
17. Januar sich mit der Frage beschäftigen wird, wie er regel-  
mäßig zur Kontrolle der auswärtigen Geschäfte herangezogen  
werden kann. In dieser Form ist die W. d. W. d. W. d. W. d. W.  
unverständlich, da eine solche Funktion des Ausschusses dem  
Wesen des Parlamentarismus zu widersprechen scheint. Die  
Regierung muß sich auf das Vertrauen der Mehrheit des  
Parlamentes stützen, kann sich aber doch keinesfalls von einem  
Ausschuss, in dem auch die Opposition vertreten ist, in ihre  
Tätigkeit hineinreden lassen.

## Das Schicksal des Wehrgesetzes.

Die Verabschiedung des Reichswehrgesetzes, das bereits  
im Februar fertiggestellt war, hat noch nicht erfolgen können,  
weil die Auslegung der Weimarer Verfassung mit Bezug  
auf die wichtigen landsmannschaftlichen Fragen noch ein-  
gehende Beratungen notwendig macht. Diese Verzögerung  
ist aber auf Umstände zurückzuführen, die nicht im Verant-  
wortungsbereich des Reichswehrministeriums liegen. Wenn trotz-  
dem von sozialistischer Seite gegen angesehene reaktionäre  
Einflüsse im Reichswehrministerium Sturm gelaufen wird,  
so sind diese Vorwürfe durchaus unbegründet. So behauptet  
beispielsweise Erich Kuttner in der odenburgischen Zeitung  
„Republik“: das Reichswehrministerium habe sich nicht  
energisch genug gegen Verschiebungsmänner gewehrt. Da-  
gegen ist einzuwenden, daß die Widerstände außerhalb des  
Ministeriums liegen. Wenn inzwischen das Notgesetz vom  
21. August 1920 und darüber hinaus Verordnungen veröffent-  
licht haben, die die Truppe übertrieben, so liegt das an der  
begreiflichen Ungelehrtheit der Kommandobehörden, die darauf  
drängen, den Kapitulant ohne Rücksicht auf die Verab-  
scheidung der Wehrvorschriften Einzelheiten über die mutmaß-  
lichen Rechte und Pflichten, die aus dem künftigen Gesetz  
herausgehen sollen, mitteilen zu können. Es ist deshalb  
durchaus albern, wenn Kuttner weiterhin behauptet, man  
beschuldige durch die Bekanntheit dieser provisorischen Be-  
stimmungen „den republikanischen und wirtschaftlichen  
Organisationen das Genie umzubringen“. Diese Behauptun-  
gen können sich auf den „Verdacht“, Punkt 16 des Ver-  
trages, der von dem Verbot der Teilnahme Reichswehr-  
angehöriger an politischen Versammlungen handelt, wolle  
die Entscheidung des Reichstages vorwegnehmen. Diese Auf-  
fassung ist falsch. Es muß vielmehr daran festgehalten wer-  
den, daß das Verbot der Regierung und dem Interfrak-  
tionellen Ausschuss vorgelegen hat und überdies in seiner  
Weise als Verfügung oder gar Verordnung ausgefaßt wer-  
den darf. Auch sonst erweisen sich die Angriffe gegen das  
Reichswehrministerium als gegenstandslos. Das Ministerium  
hat das größte Interesse daran, das Gesetz alsbald verab-  
schieden zu können, weil es erst auf seiner Rechtsgrundlage  
instande ist, gegen schädliche Auswüchse des Vereinswesens  
Front zu machen.

## Sind Beamte vogelfrei?

Zwischen dem deutschnationalen Abg. Graefe und dem  
deutschnationalen Vizepräsidenten Dietrich ist ein Kon-  
flikt ausgebrochen, der nach der „Täglichen Rundschau“ mit  
dem Austritt des Herrn von Graefe aus der Fraktion ge-  
endet haben soll. Weit interessanter aber als diese Lausche  
ist die Ursache des Konflikts. Der Finanzminister Wirth  
hatte dem Staatssekretär Moele den besten Kenner des  
Finanzrechts genannt. Da rief Herr Helfferich  
hohaus: „Im Finanzministerium!“ Herr von  
Graefe vergrößerte die Beleidigung der Beamten  
des Finanzministeriums noch durch den Zusatz:  
„Dazu gehört nicht erst!“ Der amtierende Vize-  
präsident Dietrich mußte erst von den anwesenden Be-  
amten des Finanzministeriums erludt werden, sie in  
Schutz zu nehmen. Er hat das in recht unzureichender Weise  
getan. Dennoch tut Herr von Graefe. Dieser Vorgang  
wirft ein bezeichnendes Licht auf die Beamtenverhältnisse  
der Deutschnationalen. Offenbar sind die Herren der  
Meinung, daß zum Zweck der deutschnationalen Verbesse-  
rung Beamte vogelfrei ist.

## Beamtenbefoldung und Ortsklassen- Einteilung.

Der Reichstag stimmte in seiner letzten Sitzung über  
den Beamtenbefoldung, die vom Minister Dr. Heine geleitet  
wurde, einem Gesetzentwurf zu, der einen Vertrag zwischen  
dem Deutschen Reich und Danzig über die Regelung von  
Ersparnissen zum Gegenstand hat.

Der Reichstag erteilte ferner einer Reihe von Gesetzen  
seine Zustimmung in der Form, wie sie der Reichstag in letzter  
Zeit angenommen hat. Auch das Sperrgesetz (einheitliche  
Regelung der Beamtenbefoldung in Reich, Ländern  
und Gemeinden) wurde, aber nicht einstimmig, sondern  
gegen die Stimmen von Bayern und Sachsen, in der  
Fassung des Reichstages angenommen. Der An-  
trag Bayerns, daß es sich um eine Befoldungsänderung  
handelte, stimmte namens seiner Regierung auf der sachlich-  
gehaltene noch zu, der aber materiell keinen Einpruch erhob.  
Nach Annahme des Gesetzes gab ein Vertreter der Reichs-  
regierung folgende Erklärung ab: Es entspricht durch-  
aus der Auffassung der Reichsregierung, daß allgemeinen  
Maßnahmen auf dem Gebiet der Beamtenbefoldung recht-  
lich gleichmäßig, den durch die Maßnahmen des Reiches ent-  
stehenden Forderungen für die Länder Rechnung zu tragen,  
das heißt, die Länder sollen nicht gezwungen sein, bei allen  
etwaigen Änderungen des Befoldungsmaßstabes im ein-  
zelnen der Regelung des Reiches zu folgen.

Gegen das neue Benennungsgesetz in der Fassung  
des Reichstages erhob der Reichstag keinen Einpruch. Auch  
der Gesetzentwurf über die einheitliche Erhebung des  
Reichsnotensystems wurde so, wie ihn der Reichstag auf  
Grund des bekannten Interzessionsgesetzes angenommen hat,  
vom Reichstag genehmigt, ebenso die außerordentliche Be-  
hilfe für die Empfänger von Sozialrenten.

Nachdem der Reichstag die neue deutsche Wehrge-  
setze angenommen hatte, beschloß er namens der Reichs-  
regierung über die Vorlage betreffend Einteilung von Orten  
in höhere Klassen des Ortsklassenverzeichnisses.  
Das neue Ortsklassenverzeichnis in seiner Gesamtheit kann  
nachdem noch nicht aufgestellt werden, da zunächst nur die  
Verhältnisse in Gemeinden festgestellt werden müssen, die  
über 10.000 Einwohner zählen, für die übrigens kein noch  
Erhebungen im Gange. Der Gesetzentwurf wird frühestens  
Ende Januar vorliegen, und bis zu seiner Verabschiedung  
durch den Reichstag dürfte der Witz, herauskommen. Da aber  
der Vorlage der Beamten so schnell wie möglich abgeholfen  
werden muß, soll die neue Ortsklasseneinteilung wenigstens  
insoweit jetzt schon in Wirksamkeit treten, als diejenigen  
Orte über 10.000 Einwohner, von denen sich bereits jetzt  
mit Sicherheit annehmen läßt, in welche Ortsklasse sie kommen,  
schon vorweg eingezeichnet werden. Weiter soll bei denjenigen  
Orten, deren endgültige Einteilung sich noch nicht übersehen  
läßt, wo aber jedenfalls eine spätere Erhebung zu erkennen  
ist, auch bereits die Einteilung in diejenige Ortsklasse vor-  
genommen werden, in die sie „mindestens“ kommen müssen.

Es handelt sich um etwa 200 Städte. Trotz aller Bedenken  
haben die Ausschüsse zugestimmt und weitergehende bayerische  
Wünsche abgelehnt. Der Ausschuss hat an der Regierungsvor-  
lage u. a. die Veränderung vorgenommen, daß die Städte  
Münch und Bremen in die Ortsklasse IV aufgenommen werden.  
Die Vertreter von Bayern und Braunschweig erklärten, gegen  
die Vorlage stimmen zu müssen, da die weitergehenden Wünsche  
ihrer Länder abgelehnt worden seien. Die Mehrheit des Beirats  
wünschte aber für den Entwurf.  
Angenommen wurde der Entwurf einer Verordnung zur  
Veränderung der Wehrschulordnung, wobei es sich  
um wesentlichen nur um technische Verbesserungen handelt.  
Der Festlegung des Reichsbudgets für die ersten der Stim-  
mzettel an die Wähler stimmte der Reichstag zu. Nach den  
Besprechungen der Regierung entfallen auf jeden gültig ab-  
gegebenen Stimmzettel 15 Pfennig.

Schließlich wurde noch das neue Wehrgesetz mit  
kleinen Änderungen der Ausschüsse angenommen. Das Ge-  
setz enthält unter anderem die landsmannschaftliche  
Gliederung des kleinen deutschen Heeres. — Nächste Sitzung  
voraussichtlich 13. Januar.

## Die Gegenvorschläge der Entente.

In Brüssel ist im Laufe des Dienstag beschlossen worden,  
der deutschen Delegation Mittwoch früh keine „Reso-  
lution“ zu ihren Forderungen und Vorschlägen vorzulegen.  
Dagegen sind heute abend sämtliche Vorschläge über der  
Spezialverhandlungen fertiggestellt. Diese Be-  
schlüsse sind streng geheim an die Konferenz gerichtet und nach  
Ihre Verbreitung dazu bestimmt an die einzelnen Regie-  
rungen als Ergebnis der Konferenz mitzuteilen zu  
werden. Heute nachmittag nach der Verabschiedung von der  
deutschen Delegation treten die alliierten Delegationen noch  
einmal zusammen, um die verschiedenen Angelegenheiten über  
die Berichte möglichst auszugleichen und jedenfalls zu er-  
örtern. Ferner soll die allgemeine Linie der weiteren  
Verhandlungsführung festgelegt werden. Ein Ge-  
samtsatz an die beteiligten alliierten Regierungen, für den  
besonders der Vorsitzende Delacour eintrat, wird nicht ge-  
fäßt werden.

In den alliierten Einzelgesprächen werden erhaltungsweise  
Vorschläge gemacht, die, soweit es sich über-  
blicken läßt, den deutschen Vorschlägen fast auf  
allein Geleiten entgegenkommen. Damit hat die  
deutsche Delegation einen sehr bedeutsamen vorläufigen Erfolg

erringen. Hebertriebenen Erwartungen darf man sich nicht hingeben. Wenn auch die deutschen Vorkämpfer, wie gesagt, meistens bei der Verteidigung beharrlich sind, so doch in verschiedenen Grade. Die Politik in den letzten Jahren der Einigkeit ist die Klugheit gegenüber Deutschland entscheidend, das bestrebt ist als Kapitalanlage, die der Erfüllung der sonst unerreichbaren Wiedergutmachung dient. Das bedeutet, daß die Alliierten weitgehend auf die Methode der deutschen Wiedergutmachung eingegangen sind.

Simmer unter Vorbehalt kann man nun aus den einzelnen alliierten Eingeburden mitteilen:

1. Daß das deutsche Volk, das in Südamerika noch inerte Schiffsmaterial Deutschland zur Verfügung zu stellen, bestmöglich ist, wenn es auch unvollständig ist, bis zu weider Höhe.

2. Daß die Frage der Behandlung des besetzten und liquidierten deutschen Eigentums nicht so wie bisher von den Alliierten erledigt werden soll. Eine Entscheidung soll aber erst fallen, wenn das Verhalten Amerikas feststeht.

3. Daß im Clearingverfahren keine wesentliche Veränderung in dem von Deutschland vorgeschlagenen Umfang beabsichtigt werde, obgleich mehrere Delegationen daran festhalten, daß das letzte Verfahren zu missbilligen ist.

Ueber die wichtige Frage der Wiedergutmachung ist bisher nichts bekannt geworden.

England hat auf der Konferenz ein lebhaftes Interesse für die Bekämpfung einer Gesamtsumme der von Deutschland zu leistenden Wiedergutmachung gezeigt. Die inoffiziellen Botschaften, die darüber mit wachsendem Eifer geführt worden sind, haben zu dem Ergebnis geführt, daß im schlimmsten Falle dieser Höhebetrag nicht mehr als fünf Milliarden Goldmark betragen soll. Eine derartige Höhe, die früher genannt worden ist, betrug immerhin 120 Milliarden Goldmark. Ein sehr ernstliches Problem der Konferenz ist jetzt die Ratifizierung der verschiedenen Arten von Wiedergutmachung in Frankreich, ebenso wie die Verteilung zwischen den verschiedenen Ländern. Wie gesagt, ist die Summe von 100 Milliarden Goldmark rein vorläufige und zunächst genannt, um dann allmählich im Fortgang der Verhandlungen weiter präzisiert zu werden.

Man erfährt ferner, daß der französische Delegierte Cheffon den Bericht an die Konferenz über mögliche Einschränkungen des deutschen Budgets überkommen hat, bezugnehmend auf den Bericht über die deutschen Schulden im Ausland; bezugnehmend auf Belgien, das ist wichtig, weil auch die Frage der Ratifizierung der verschiedenen Arten von Wiedergutmachung in Belgien unter dem Namen einer Kooperation zur Klärung deutscher Waren für die verbleibende Güter in Frankreich, der von Bergmann und Seydow in Aussicht genommen wird, wird ein anderer eingeleitet, der die Aufgaben Deutschlands aus den Ergebnissen seiner Ausfuhr hinausführt. Bis zum 10. Januar werden nun die Regierungen zu den Anregungen der Konferenz Stellung nehmen müssen. Ungefähr am 10. Januar wird die Konferenz wieder zusammenzutreten.

## Die Schuld an Kriege.

Eingeleitete in den ehemaligen feindlichen Ländern bemühen sich, die Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands an dem Kriege, auf der die Entente die Verpflichtung Deutschlands zur Wiedergutmachung aufbaut, zu widerlegen. Hierzu gehört auch Professor G. Lomax Dickinson, der im „Manchester Guardian“ schreibt:

„Ich glaube nicht, daß die deutsche Regierung die Schuld an dem Kriege zu verantworten hat, in dem Sinne, daß andere Regierungen überhaupt keine Verantwortung tragen. Ich habe alles sorgfältig studiert, was über diesen Gegenstand veröffentlicht worden ist, und jede neue Veröffentlichung, besonders die deutschen Dokumente, bestätigen meine ursprüngliche Schlussfolgerung, daß alle Regierungen bei der Entfesselung des Krieges die Hand im Spiele hatten und daß keine von ihnen den Krieg wollte. Dies ist nur zu erklären durch die Völligkeit, die von allen Staaten seit Jahrhunderten, ja seit Jahrhunderten vererbt wurde.“

„Ich bin nicht der Meinung, daß das deutsche Volk, weil es mit dem Krieg nicht einverstanden war, nach dem seine Regierung aufgebracht worden war, deswegen für ihn verantwortlich ist. Jedoch, der die deutsche Meinung einigermaßen kennt, weiß, daß die Deutschen glaub-

ten, sie führten einen Verteidigungskrieg. Wenn sie sich im Arrium befanden, so stellt das kein Verbrechen dar. Aber auch, wenn jeder 1914 lebende Deutsche den Krieg „verantwortlich“ wäre, wie könnte dies von den letzter geborenen Kindern gelten, die jetzt zu Grunde gehen, um für die Verantwortlichkeit zu büßen? Wir haben schon lange in allen zivilisierten Gesellschaften die Praktik geübt, Kinder für die Sünden ihrer Väter zu bestrafen. Wir werden sie auch Nationen gegenüber bestrafen müssen. Wir würden in der Tat gut daran tun, wenn wir unser ganzes Vorurteil mit „Sünde“ und „Verzehrung“ preisgeben und lernen würden, das menschliche Leben als das anzusehen, was es ist: ein Labrynth von Verwirrung, Unvollständigkeit und Verfall, in dem nur ein einziger Faden ist, der Faden des Hoffens, des letzten Rettungs und der Weisheit. Hätten wir einmal unsere Köpfe von dem Begriff Schuld und Ehre gereinigt, so hätten wir imstande sein, auf vernünftige Weise die Frage der Wiedergutmachung zu regeln. Es ist, glaube ich, die Vermeidung des Begriffs „Schuld“ mit dem Begriff „Wiedergutmachung“, die es verursacht hat, daß Deutschland eine ungeheure und unmögliche Last auferlegt worden ist.“

## Streik der sächsischen Arbeiter in Breslau.

Seit gestern morgen sind die sächsischen Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Breslau im Zustand. Die Straßenbahnen mußten zum Teil auf der Strecke stehen bleiben, die Wasserleitung verlor plötzlich, auch die gewerblichen Betriebe mußten, soweit sie nicht eine eigene Kraftanlage haben, feiern. Die Streikenden, drei- bis viertausend Mann, verlangen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 70 Pfennige, und haben den Vergleich des Schließungsauslasses abgelehnt. Am Vormittag fand eine Sitzung des Ausschusses statt, auf dieser wurde beschlossen, daß man mit den Streikenden nicht eher verhandeln wolle, als bis sie wieder zur Arbeit zurückgekehrt seien.

## Die Forderungen der Eisenbahner.

Der Sekretär des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der sozialdemokratische Reichs- und Landesverbände, verfaßt, veröffentlicht unter der Überschrift „Der Eisenbahner-Schicksalskampf“ einen bemerkenswerten Artikel über die Unzulänglichkeit und die Streikbewegung unter den Eisenbahner. Darin heißt es unter anderem:

„Die Reichsgesellschaft der Eisenbahnbeamten und -angestellten nimmt zurzeit eine Umwälzung unter ihren Mitgliedern vor. Wie aus den Führer vernehmen, ist unter allen Umständen mit einer Zweibrüderlehre, die für den Streik zu rechnen. Die Streikgefahr ist durch den Parlamentsbeschluss nicht beseitigt, sondern im Gegenteil erst recht in bedrohliche Höhe gerückt. Lieber den Zeitpunkt der Streikbewegung läßt sich zur Stunde nichts sagen. Wenn oder nicht alle Begehren, dürfte zu Beginn der nächsten Jahres die Schicksalsstunde für die Eisenbahner anbrechen. Wenn die Forderungen der Eisenbahner betrifft, so handelt es sich vor allem um die Sicherung eines Existenzminimums für die internen Gruppen. Deutscher Eisenbahnerverband und Reichsgesellschaft verlangen für die Beamten eine Erhöhung der Zulagezulage mit einer Mindestgrenze von 7000 Mark. Darüber hinaus verlangt die Reichsgesellschaft eine allgemeine Erhöhung des beweglichen Zulagezulages um 25 Prozent, während der Deutsche Eisenbahnerverband eine feste Zulagezulage in den Ostbahnen A und B von 8000 Mark und 7000 Mark in C und D wünscht.“

„Für die Arbeiter liegt eine gemeinsame Forderung der Tarifkonflikte vor, den beweglichen Zulagezulage um 1 Mark zu erhöhen. Zugabe, daß die Vermittlung der vorstehenden Forderungen eine einigige Millionäre Untertun beruht; aber es bleibt doch zu erörtern, ob nicht durch die Durchführung des Generaltarifs der Eisenbahner ein ungemein größerer Schaden angerichtet wird. Die Verantwortung für das, was in den nächsten Tagen geschieht, tragen alle, die in der Lage sind, entscheidend in den Konflikt einzugreifen. Die Frage ist: Soll das Schicksal der Eisenbahner im Wege auslässiger Verhandlungen oder durch die Arbeitsniederlegung entschieden werden?“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

„Es ist zu betonen, daß, wenn den Eisenbahner solche Angehörige gemacht werden, auch alle anderen Beamtenkategorien mit Nachforderungen kommen und weitere Mitarbeiter erfordern werden.“

benachteiligt an das Reich und die Länder stellen werden. Eine Verhandlung über die Wiedergutmachung könnte, anstatt Frieden, nur auf der Grundlage erfolgen, daß alle wirklich überflüssigen Kräfte entlassen werden und so finanziell ein Ausgleich zu den Westmächten geschaffen würde. Damit würde aber dann wieder die Zahl der Arbeitslosen vermehrt werden, und es würde freilich auch die Prinzipienfrage des Achtstundentages berührt werden müssen.

## Deutsches Reich.

Die Tagesordnung für die erste Reichstagsession nach dem Reichstagsauflösung ist sehr reichhaltig. Zunächst soll die erste Beratung des Auslandsbürovertrages, indem eine Abschließung des Vertrags mit den Westmächten erfolgen soll, die den Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung der bayerischen Ausnahmebestimmungen betreffen. Dann folgen Interpellationen und zwar zwei der Unabhängigen betreffend die diplomatische und wirtschaftliche, Begehrungen zu Ausland und betreffend das Streikrecht des Beamten, ferner eine Fraueninterpellation betreffend die Regelung eines Reichstagsauswahlschreibens, indem eine Interpellation der Frau Dr. Kretschmer zu Gesellen betreffend das Handwerk, den Kleinhandel und das sonstige Kleinvertrieb, endlich zum Schluss noch eine unabhängige Interpellation über den Notenschlüssel der Reichsregierung mit der Entente. Endlich sollen folgende Ausschüsse Bericht erstatten: der Ausschuss für Petitionen, der Ausschuss für Volkswirtschaft über Petitionen, der Ausschuss für soziale Angelegenheiten über Petitionen, ferner der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten über Petitionen, endlich über die Tätigkeit der neuen Ausschüsse über die Ausführung des Friedensvertrages, der Ausschüsse für Wohnungswesen, der Ausschüsse über § 8 des Gesetzes über die Entlohnung der Bevölkerung. Im übrigen werden eine Reihe von Abgeordneten schon früher nach Berlin kommen müssen, da am 11. Januar 1921 der Reichshausauswahlschuss zu einer Sitzung zusammentritt.

Der Ausschuss für Beamtenangelegenheiten, der auf Antrag der Demokraten, denen sich nachher die anderen Fraktionen angeschlossen, begründet worden ist, hat sich jetzt konstituiert. Von den 21 Mitgliedern sind 2 Demokraten, nämlich Dellius und Dr. Fiedl, nicht Beamter. Das erklärt sich daraus, daß grundsätzlich auch eine Reihe Reichsbeamter in den Ausschuss einbezogen werden, um den Beamten die Interessenangelegenheiten mit der Allgemeinheit zu machen.

Die Steuerfrage bei Zusammenkünften für politische Zwecke, einer schärflichen Antwort, die Reichsfinanzminister Reich dem demokratischen Abg. Kell auf eine ihm unterbreitete Petition, entnehmen wir folgende wichtige Mitteilung: Wenn jemand dem Geschäftsführer eines politischen Vereines einen Geldbetrag zur Verwendung für politische Zwecke überreicht, so hat der Geschäftsführer die Verwendung in voller Höhe zu kontrollieren. Er kann aber den Betrag der Steuer bei der Ausführung von der Verwendung absetzen. Zusammenkünfte für politische Zwecke sind von der Steuer nicht befreit. Die Steuer, die auf Zusammenkünfte nicht entfällt, wird hauptsächlich von den Vereinen, in deren Statuten die ihm politisch nahestehenden Vereine zu bezeichnen.

## Sport der „Saale-Zeitung“.

R. F. v. Halle 26.

Am 2. Weihnachtseiertage hat der V. F. B. 06 einen der glänzendsten Vertreter sächsischer Fußballkunst zu Halle, den deutschen Klammerspieler, Karlstr. Fußballverein. Einige Erinnerungen schärfen sich an diesen Namen, der um 1911-12 einer der prächtigsten Stürmer am deutschen Fußballfeld war. Ob es sich um denselben Spieler handelt, ist aber nicht sicher. Er war ein sehr tüchtiger Spieler, der in der Mannschaft die einseitigste Position einnahm. Er war ein sehr tüchtiger Spieler, der in der Mannschaft die einseitigste Position einnahm. Er war ein sehr tüchtiger Spieler, der in der Mannschaft die einseitigste Position einnahm.

Die alte glänzende Mannschaft von damals ist zusammengesunken. Wenn die hervorragenden Mittelstürmer, den es gegeben hat, ist schwer tragbar, auch die Spieler sind nicht mehr in der Mannschaft, aber junge hervorragende Kräfte sind hinzugekommen. Von den alten Kanonieren sind noch der Torwart Bürger, Thiermer, Weig, Hirsch und andere tätig. Der V. F. B. ist in der hiesigen

Man hat sich alles zum Guten gemeint. Wenn von der Familie Grotthaus gesprochen wird, dann meint man Werner Grotthaus; er ist das Oberhaupt. Der alte Grotthaus zählt nicht mehr. Der Grotthaus ist auf Veranlassung Berners hin aufgegeben worden, denn es hat mit Unterabhang gearbeitet. Der alte Herr und seine Frau bezeugen von Werner eine Waise. Der alte Herr ist ungemindert geblieben. Er nimmt keinen Bader zum Raufen und benutzt niemals die Elektrische, Menschen ist zum zweitenmal verheiratet. Der Mann ist klein und dick und glanzlos. Zwei

Werner ist enttäuscht über Hans. Denn Hans ist als Junge in einem Spielverbot vorgefallen und spielt jetzt dabei eine bedenkliche Rolle. Werner kann sich die Enttäuschung gestatten; denn er ist ein schwerer Mann geworden. Er trägt ein goldenes Zigarrenetui und faßt sich seine Zigarrengegenstände. „Was willst mir das alles?“ sagt Herr Grotthaus, der weiße Haare hat. „Was willst mir das alles; es ist ja doch fad, fad, fad, daß du ein Schieber bist.“ „Aber Papa, ich habe es tun nicht alle. Wer spielt heute nicht?“ „Ich“, sagt Herr Grotthaus. „Wer hat auch jenseits Geld verloren.“ Zwei Jahre lang war Menschen auf Waise; jetzt befindet er ihren Lebensunterhalt. Er muß die ständig wachsenden Schulden von Hans zahlen, und sein Gehalt geht durchaus nicht aus.

Wenn von angezeigten Familien in der Stadt die Rede ist, dann läßt Frau Grotthaus hinter sich. „Was faule ich mir dafür? Liegt man näher zu, dann ist es bei allen das selbe.“

Nun hat sich alles zum Guten gemeint. Wenn von der Familie Grotthaus gesprochen wird, dann meint man Werner Grotthaus; er ist das Oberhaupt. Der alte Grotthaus zählt nicht mehr. Der Grotthaus ist auf Veranlassung Berners hin aufgegeben worden, denn es hat mit Unterabhang gearbeitet. Der alte Herr und seine Frau bezeugen von Werner eine Waise. Der alte Herr ist ungemindert geblieben. Er nimmt keinen Bader zum Raufen und benutzt niemals die Elektrische, Menschen ist zum zweitenmal verheiratet. Der Mann ist klein und dick und glanzlos. Zwei

Werner ist enttäuscht über Hans. Denn Hans ist als Junge in einem Spielverbot vorgefallen und spielt jetzt dabei eine bedenkliche Rolle. Werner kann sich die Enttäuschung gestatten; denn er ist ein schwerer Mann geworden. Er trägt ein goldenes Zigarrenetui und faßt sich seine Zigarrengegenstände. „Was willst mir das alles?“ sagt Herr Grotthaus, der weiße Haare hat. „Was willst mir das alles; es ist ja doch fad, fad, fad, daß du ein Schieber bist.“ „Aber Papa, ich habe es tun nicht alle. Wer spielt heute nicht?“ „Ich“, sagt Herr Grotthaus. „Wer hat auch jenseits Geld verloren.“ Zwei Jahre lang war Menschen auf Waise; jetzt befindet er ihren Lebensunterhalt. Er muß die ständig wachsenden Schulden von Hans zahlen, und sein Gehalt geht durchaus nicht aus.

Wenn von angezeigten Familien in der Stadt die Rede ist, dann läßt Frau Grotthaus hinter sich. „Was faule ich mir dafür? Liegt man näher zu, dann ist es bei allen das selbe.“

Nun hat sich alles zum Guten gemeint. Wenn von der Familie Grotthaus gesprochen wird, dann meint man Werner Grotthaus; er ist das Oberhaupt. Der alte Grotthaus zählt nicht mehr. Der Grotthaus ist auf Veranlassung Berners hin aufgegeben worden, denn es hat mit Unterabhang gearbeitet. Der alte Herr und seine Frau bezeugen von Werner eine Waise. Der alte Herr ist ungemindert geblieben. Er nimmt keinen Bader zum Raufen und benutzt niemals die Elektrische, Menschen ist zum zweitenmal verheiratet. Der Mann ist klein und dick und glanzlos. Zwei